

Kreisschulrat Aarau-Buchs

Anfrage: Private Meinungsäusserungen von Angestellten der Kreisschule Aarau-Buchs

Ausgangslage

Die Diskussion um die Integrative Schule (IS) im Allgemeinen und die Wiedereinführung der Einschulungsklasse (EK) bewegt nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Lehrerschaft. Unterzeichnete hat schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass diese ihrer Meinung nach bislang nur ungenügend in die Entscheidungsfindungen der Kreisschulpflege miteinbezogen wurden. Auch eine eigentliche Anhörung fand nie statt.

Im Zusammenhang mit der Schaffung der Kreisschule Aarau-Buchs vor einigen Jahren soll der Lehrerschaft sogar verboten worden sein, sich öffentlich zum geplanten Projekt vernehmen zu lassen. Dies, obwohl interne Umfragen gezeigt haben sollen, dass die überwiegende Mehrheit der Lehrpersonen dem Projekt gegenüber Bedenken hatte. Einzelnen Lehrpersonen sei sogar mit der Kündigung gedroht worden, falls diese sich in irgendeiner Form ausserhalb des Schulbetriebs äussern sollten. Aus demokratischer Sicht ist hinter dieses Vorgehen ein grosses Fragezeichen zu setzen. Gerade im Hinblick auf eine Volksabstimmung wäre es für die Öffentlichkeit wertvoll gewesen, ein Gesamtbild der Situation zu erhalten. Dazu gehören auch die Stimmen der Lehrpersonen als Direktbetroffene.

Auch zu aktuellen Fragen ist die Meinung der Lehrpersonen offenbar nicht gefragt. Aus Kreisen der Lehrerschaft hört man, dass es diesen zwar ein Anliegen wäre, sich zur Integrativen Schulung (IS) vernehmen zu lassen, doch fürchten sie im Falle eines entsprechenden Engagements um ihre Arbeitsplätze. Wie im Gespräch mit Einzelpersonen zu vernehmen ist, sollen bis zu 90% der Lehrpersonen Vorbehalte gegenüber der IS anmelden. Für Unterzeichnete war denn auch noch nie nachvollziehbar, warum die Lehrerschaft nicht besser in die angedachten Projekte eingebunden wird, zumal diese wertvollen Inputs betreffend Umsetzbarkeit beizusteuern vermögen. Auch eine Umfrage macht durchaus Sinn: Zwar wird es keine Volksabstimmung über die IS geben, doch könnte ein positives Ergebnis die Akzeptanz der IS innerhalb der Bevölkerung stärken. Ein negatives Ergebnis hingegen könnte zu einer fruchtbaren Diskussion über die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges führen.

Umso erstaunlicher ist es nun, dass die Kreisschulpflege Ende letzter Woche mit einem Schreiben einer Schulleiterin bedient worden ist, in der sich diese auf latent aggressive Weise über die Wiedereinführung der Einschulungsklassen (EK) auslässt. Die Rede ist gar von einer "Farce". Die Betreffende offenbart mit ihrem Schreiben nicht nur ein mangelhaftes Demokratieverständnis, sondern äussert sich auch in herablassender Weise über jene Personen, welche sich für die Wiedereinführung der Einschulungsklassen stark gemacht haben. Auch unterliegt sie offensichtlich falschen Informationen: Wenn sie bemängelt, dass kein einziges Kind aus dem Gönhard-Einzugsgebiet die künftige EK besucht, so liegt das

mit Sicherheit nicht am Einsatz verschiedener Kreisschulräte, sondern an der Umsetzung durch die Kreisschulpflege. Wie in einer früheren Anfrage ausgeführt, wird der Entscheid über den Besuch der EK "einvernehmlich" mit den Eltern gefällt. Wer sein Kind auf das kommende Schuljahr nicht in die EK schicken will, der muss auch nicht, selbst wenn die pädagogischen Voraussetzungen dafür vorliegen. Es liegt auf der Hand, dass kaum Eltern bereit sind, ihr Kind in eine EK anzumelden, die "voraussichtlich" weit weg im Schachen geführt wird. Zudem besteht ja offenbar auch die Möglichkeit, dass Kinder ein drittes Jahr den Kindergarten besuchen – dies ganz klar als (informelle) Alternative zur EK. Dass hingegen Eltern, deren Kinder bereits das Schachen-Schulhaus besuchen, dieser Möglichkeit offener gegenüberstehen, erstaunt ebenfalls nicht. All diese Informationen standen Brigitte Magni offensichtlich nicht zur Verfügung. Ihre Ausführungen sind denn auch in keiner Weise pädagogisch begründet, sondern offenbaren einzig ihren persönlichen Ärger über den Mehraufwand (der ja durch die widerrechtliche Abschaffung überhaupt erst begründet worden ist). Sie benutzt bei ihrer Intervention sogar das offizielle Briefpapier der Kreisschule Aarau-Buchs. Dies lässt den Eindruck aufkommen, dass Schulleiterin Magni eine Mehrheit der Lehrpersonen vertritt – oder es zumindest vorzugeben versucht.

Dieses Vorgehen lässt Fragen aufkommen. Insbesondere ist nicht klar, inwieweit Brigitte Magni ihre private Meinung formulierte, jene der Schulleiter oder gar jene der gesamten Lehrerschaft. Auch ist offen, ob die Kreisschulpflege ihre Meinung geändert hat und es Angestellten der Kreisschule Aarau-Buchs nun offiziell erlaubt ist, auch in der Öffentlichkeit ihre private Meinung zu Schulbelangen zu äussern.

Fragen

In diesem Zusammenhang wird die Kreisschulpflege gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt die Kreisschulpflege das Schreiben von Schulleiterin Brigitte Magni?
2. Handelt es sich beim Schreiben von Schulleiterin Magni um eine private Meinungsäußerung oder vertritt sie mit ihrem Schreiben die Kreisschule Aarau-Buchs im Gesamten?
3. Hat die Kreisschulpflege Erkundigungen darüber angestellt, welche Personen mit der "Basis" gemeint sind, welche die Schulleiterin zu vertreten vorgibt? Welche Personen unterstütz(t)en die Intervention von Brigitte Magni?
4. War das Schreiben der Schulleiterin Magni mit der Kreisschulpflege abgesprochen? Falls nein: Welche Konsequenzen hat die Kreisschulpflege mit Bezug auf die Schulleiterin Magni getroffen? Falls ja: Aus welchem Grund wurde der Versand dieses Schreibens unterstützt?
5. Ist es den Lehrpersonen künftig erlaubt, ihre private Meinung zu Schulbelangen öffentlich oder zumindest gegenüber dem Kreisschulrat zu äussern, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen?

Nicole Burger
Dr. iur., Rechtsanwältin
5000 Aarau



6. Ist es der Lehrerschaft der Kreisschule Aarau-Buchs erlaubt, eine interne Umfrage zur IS im Allgemeinen und zur Wiedereinführung der EK im Speziellen durchzuführen und die Ergebnisse ggf. zu veröffentlichen? Wird die Kreisschulpflege selber dazu übergehen, in einer Umfrage die Stimmungslage der Lehrpersonen abzuholen?
7. Inwiefern werden die Lehrpersonen künftig in wichtige strategische Entscheide der Kreisschulpflege involviert?

Aarau, 22. März 2021

Dr. Nicole Burger